

Israel fährt Panzer auf

Mindestens 27 Tote bei blutigen Unruhen im Westjordanland seit Freitag

JERUSALEM: Angesichts der schwersten Unruhen in den palästinensischen Gebieten seit vier Jahren setzen die israelischen Streitkräfte verstärkt ihre militärische Übermacht ein.

Im Gazastreifen wurden Artillerieraketen auf palästinensische Stellungen abgefeuert, am Stadtrand von Nablus fuhren Panzer auf. Bis Sonntag wurden bei den dreitägigen Zusammenstößen 27 Menschen getötet und mehr als 700 verletzt.

Zu schweren Kämpfen kam es am Sonntag um das Grab des biblischen Patriarchen Joseph, einem israelisch kontrollierten Gelände in der Stadt Nablus im Westjordanland. Palästinenser verschanzten sich dort auf Dächern der Umgebung und nahmen israelische Soldaten unter Beschuss. Andere schossen vom Boden aus über die Umzäunung oder warfen Brandsätze in das Gelände. Die israelischen Truppen erwiderten das Feuer und wurden Augenzeugen zufolge von Hubschraubern unterstützt. Nach Ankunft von Ärzten wurden am Grab Josephs vier Palästinenser erschossen, unter ihnen ein zehnjähriger Junge. Ein weiterer Schauplatz von ge-



Zwischen Palästinensern und Israelis kam es auch am Wochenende wieder zu Auseinandersetzungen.

waltsamen Zusammenstößen war die jüdische Siedlung Netzarim im Gazastreifen. Dort wurden israelische Soldaten auch von palästinensischen Sicherheitskräften in Uniform wie in Zivil beschossen und von mehreren hundert Menschen mit Steinen beworfen. Im gesamten Gazastreifen wurden am Sonntag drei Palästinenser erschossen und mindestens 60 verletzt. Eine weitere Schiesserei tobte in der Stadt Ramallah, wo israelische Soldaten von einem Hotel aus auf palästinensische Kämpfer schossen. In Nazareth, einer israelischen Stadt mit hohem arabischen Bevölkerungsanteil, griffen mehrere hundert Jugendliche israelische Polizisten mit Steinen an. Diese setzten Tränengas und gummiummantelte Stahlgeschosse gegen die Palästinenser ein. Die Hauptstrasse der Stadt war von brennenden Reifen blockiert, schwarzer Rauch stieg in den Himmel.

Keine Ergebnisse brachte ein Telefongespräch des israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak mit dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat. Anschließend liess Barak erklären, er werde nicht zulassen, dass Gewalt für die Friedensverhandlungen instrumentalisiert werde.

NACHRICHTEN

Kommunalwahlen in Albanien

TIRANA: Unter massiven Sicherheitsvorkehrungen haben am Sonntag die Kommunalwahlen in Albanien stattgefunden. Die Armee sicherte die staatlichen Einrichtungen, die Nationalgarde bewachte die Regierungsgebäude in der Hauptstadt Tirana. Laut Ministerpräsident Ilir Meta verliefen die Wahlen jedoch ruhig.

Zypern feiert 40. Jahrestag der Unabhängigkeit

NIKOSIA: Mit einer Militärparade ist in Zypern am Sonntag der 40. Jahrestag der Unabhängigkeit von Grossbritannien gefeiert worden. Der zyprische Präsident Glavkos Klerides brachte seinen Wunsch nach einer Wiedervereinigung des griechischen und türkischen Teils der Insel zum Ausdruck. «Ich rufe die türkischen Zypriern auf, mit uns an einer friedlichen Lösung des Problems zu arbeiten», sagte Klerides. Zypern ist seit der türkischen Invasion von 1974 geteilt.

Albright in Frankreich eingetroffen

PARIS: US-Aussenministerin Madeleine Albright ist am Sonntag in Bordeaux zu einem Arbeitsbesuch in Frankreich eingetroffen. Sie wollte nach Angaben aus ihrer Umgebung noch am Abend in Paris mit ihrem britischen Kollegen Robin Cook die angespannte Lage in Jugoslawien erörtern. Cook, Albright und der französische Aussenminister Hubert Védrine gehören der so genannten Kontaktgruppe für das frühere Jugoslawien an.

Rentenreform in Österreich in Kraft getreten

WIEN: In Österreich ist gestern die Rentenreform der Mitte-Rechts-Regierung in Kraft getreten. Wichtigster Punkt ist die schrittweise Anhebung des Frührentenalters um eineinhalb Jahre auf 61,5 Jahre für Männer und 56,5 Jahre für Frauen. Ausserdem werden die Frührenten leicht gekürzt. Das gesetzliche Rentenalter beträgt weiterhin 65 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen. Der Streit um die vorzeitige Pensionierung war im Januar einer der Gründe, dass die Koalitionsverhandlungen zwischen den Konservativen (ÖVP) und den Sozialdemokraten (SPÖ) platzten.

Serbische Opposition rüstet sich zum Generalstreik

Lastwagen blockieren Strassenkreuzungen - Kohlekumpel und Eisenbahner legen Arbeit nieder

BELGRAD: Mit ersten Strassenblockaden und Arbeitsniederlegungen haben sich die Regimegegner in Jugoslawien auf den für Montag geplanten Generalstreik vorbereitet.

Die Wahlkommission lehnte einen Einspruch der Opposition gegen das offizielle Wahlergebnis ab, mit dem eine Stichwahl am 8. Oktober angesetzt wird.

Das Oppositionsbündnis DOS beansprucht schon nach dem ersten Wahlgang die absolute Mehrheit für ihren Kandidaten Vojislav Kostunica. Staatschef Slobodan Milosevic geriet am Wochenende auch im Ausland weiter unter Druck. Unter dem Beifall einer jubelnden Menschenmenge rollte am Sonntag ein Konvoi von 60 Lastwagen durch die mittelserbische Stadt

Cacak, unterwegs zur wichtigsten Autobahnverbindung zwischen Belgrad und den südlichen Landesteilen. Diese soll am Montag vollständig blockiert werden. Zu kleineren Strassenblockaden kam es am Sonntag in Belgrad. An vier Kreuzungen blieben die Autos stehen, während Passanten mit Pfeifen und Spielzeugrasseln ihren Protest gegen die Ent-

scheidung der Regierung zum Ausdruck brachten, für den 8. Oktober eine Stichwahl anzusetzen. Bereits am Samstag gingen in der Hauptstadt erneut mehrere tausend Menschen gegen Milosevic auf die Strasse. Die Arbeiter des grössten serbischen Kohlebergwerks in Kolubara legten am Samstag die Arbeit nieder. Etwa 1000 Arbeiter einer Kohlegrube in

Kostulac schlossen sich ihnen am Sonntag an, wie die unabhängige Nachrichtenagentur Beta meldete. Zu ersten Arbeitsniederlegungen kam es auch in einer Ölraffinerie und im Bahnverkehr. «Am Montag muss alles still stehen, um Milosevic von dem Platz zu vertreiben, der ihm nicht länger gehört», sagte Oppositionsführer Zoran Djindjic.

CDU und FDP feiern Einheit

Wiedervereinigung: Streit unter Parteien

BERLIN: In Deutschland streiten sich die Parteien um ihre Verdienste bei der Wiedervereinigung vor zehn Jahren.

Bei einer Feier zum Zusammenschluss der CDU aus West und Ost griff Ex-Kanzler Helmut Kohl am Sonntag erneut die SPD-Führung an, drückte sich aber moderater aus als an den Vortagen.

Die deutsche Einheit gehöre keiner Partei, räumte Kohl an der Feier in Berlin ein. Sie gehöre allen Deutschen. Es sei aber leider auch wahr, dass die grosse Mehrheit der Führung der SPD in dieser Schicksalsfrage versagt habe. So habe sich Schröder 1989 über die Chancen einer Wiedervereinigung getäuscht.

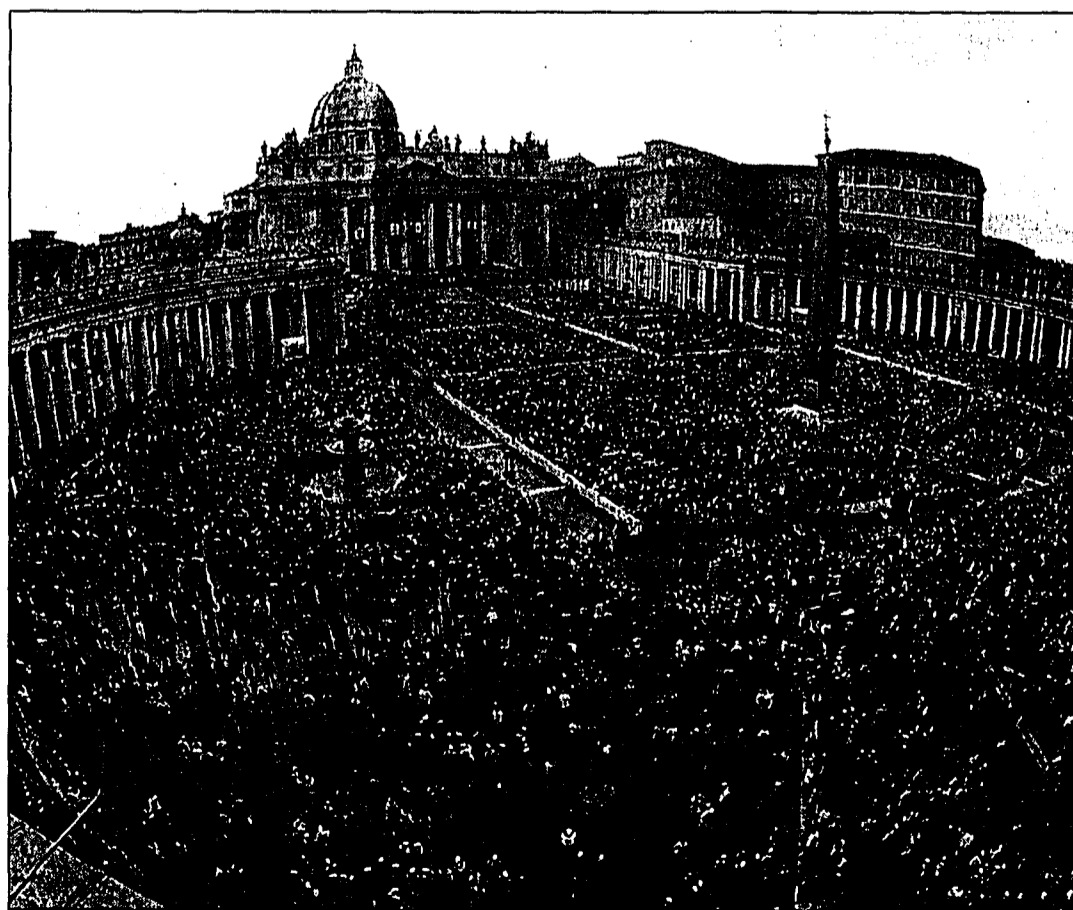
Schröder hatte wegen solcher Attacken schon am Samstag CDU-Politikern Geschichtsfälschung vorgeworfen. Die CDU versuche, damit von ihrer Spendenaffäre abzulenken, sagte er beim Parteitag der SPD Baden-Württembergs in Stuttgart. «Mit Attacken gegen die Sozialdemokraten abzulenken

von den kriminellen Mächten in der eigenen Partei, das dürfte nicht sein. Ohne die ehemaligen SPD-Bundeskanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt hätte Kohl «keine Chance bekommen, das zu tun, was er glücklicherweise getan hat». Dem stimmte Kohl am Sonntag zu: Brandt habe mit seiner Ostpolitik und Schmidt beim KSZE-Prozess sowie dem Nato-Doppelbeschluss gegen die sowjetische Raketenrüstung die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung geschaffen.

Ende der Debatte

Der frühere deutsche Aussenminister Hans-Dietrich Genscher nannte den Streit um das Verdienst an der Einheit «ebenso kleinlich wie peinlich». Er werde der Bedeutung und Würde dieses Tages nicht gerecht, kritisierte er bei einer Feier zum zehnten Jahrestag der ersten gemeinsamen Fraktionssitzung der FDP aus Ost und West auf dem Hambacher Schloss. Bundespräsident Wolfgang Thierse von der SPD forderte im Radio ein Ende der Debatte.

Umstrittene Heiligsprechung



Ungeachtet der Proteste aus Peking hat Papst Johannes Paul II. gestern 33 Missionare und 87 chinesische Katholiken heilig gesprochen. Trotz Regens fanden sich Tausende Gläubige auf dem Petersplatz in Rom ein, unter ihnen viele Katholiken chinesischer Herkunft. Die 120 heilig Gesprochenen seien in China für ihren Glauben gestorben, hiess es in einer Erklärung, die während der Zeremonie verlesen wurde. Die meisten von ihnen kamen 1900 während des Boxer-Aufstands um, der sich gegen das Christentum und die westlichen Staaten richtete. China betrachtet den Aufstand als Widerstand gegen den Imperialismus.

PanAlpina Sicav Alpina V

Preise vom 29. September 2000
 Kategorie A (thesaurierend)
 Ausgabepreis: € 55.60
 Rücknahmepreis: € 54.43
 Kategorie B (ausschüttend)
 Ausgabepreis: € 54.70
 Rücknahmepreis: € 53.52

Zahlstelle in Liechtenstein:
 Bank Wegelin (Liechtenstein) AG
 Heiligkreuz 48, FL-9490 Vaduz